Gewalt im Familienrecht: Kinder werden oft nicht gehört!

RBB24 berichtet über die Herausforderungen für Kinder und Mütter in Scheidungsfällen mit häuslicher Gewalt und die Rolle von Verfahrensbeiständen.

In einem dringenden Appell wurden die bestehende Praxis und die Qualifikation von Verfahrensbeiständen in familiengerichtlichen Verfahren einer kritischen Überprüfung unterzogen. Daniela*, eine betroffene Mutter, berichtete von den erschreckenden Bedingungen, unter denen ihre Kinder im Rahmen des Sorgerechtsstreits agieren mussten. Nach der Trennung von ihrem Mann Martin*, der zunehmend aggressiv wurde, sah sie sich gezwungen, dem vorgeschlagenen Wechselmodell zuzustimmen, um den Druck von der Verfahrensbeiständin zu entkommen. Laut rbb24 fühlte sie sich gezwungen, da die Beiständin andeutete, es könnte den Kindern noch viel schlechter ergehen, sollten sie nicht zustimmen. Diese Art des Drucks und die unzureichende Ausbildung von Verfahrensbeiständen werfen ernsthafte Fragen auf, da viele von ihnen keine angemessene Schulung haben, die für Situationen mit häuslicher Gewalt dringend notwendig wäre.

Unzureichende Standards und dringende Reformen gefordert

Der Kinderschutzbund hat sich in einer Stellungnahme für reformerische Maßnahmen ausgesprochen, um die Schutzbedürftigkeit von Gewalt betroffenen Personen zu verbessern. Besonders betont wird die Notwendigkeit, die Rolle der Verfahrensbeistände zu stärken, damit diese besser für die

Interessen der Kinder eintreten können. Laut dem geschätzten Ulrich Ames, stellvertretender Vorsitzender des Berufsverbands der Verfahrensbeistände, mangelt es an verbindlichen Qualitätsstandards, sodass teilweise minimale Schulungen ausreichen, um als Verfahrensbeistand arbeiten zu dürfen. Dies hat zur Folge, dass Gewalt und Traumathematik häufig nicht ausreichend berücksichtigt werden, was die Kindeswohlgefährdung verstärkt.

Eine gesetzliche Neuregelung wird als unerlässlich erachtet, um standardisierte Kriterien für die Ausbildung und regelmäßige Fortbildung zu etablieren. Der Kinderschutzbund hebt hervor, dass in vielen Fällen, in denen Gewalt im Spiel ist, die Belange der Kinder nicht adäquat geachtet werden. Oft wird das Recht des Vaters auf Kontakt höher bewertet als die Erfahrungen von Gewalt, die die Mutter gemacht hat, wodurch Kinder in eine belastende und potenziell gefährliche Situation gedrängt werden können. Dies erfordert eine dringende Untersuchung durch die Justiz, um das Wohl der Kinder bei Entscheidungen über Sorgerecht und Umgang klarzustellen, ganz im Sinne einer ganzheitlichen und kinderzentrierten Reform, wie sie im Bericht des Kinderschutzbundes gefordert wird.

Details	
Quellen	• www.rbb24.de • kinderschutzbund.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de